

Antwort

der Landesregierung

auf die Kleine Anfrage Nr. 2099
des Abgeordneten Christoph Schulze
Fraktion der SPD
Landtagsdrucksache 3/5459

BBI Fördermittel 4

Wortlaut der Kleinen Anfrage vom 10.02.2003:

Das Land Brandenburg plant als Mitgesellschafter den Verkauf der Berlin Brandenburg Flughafen Holding. Die Landesregierung und ihre nachgeordneten Behörden sind im Rahmen des Planfeststellungsverfahrens mit dem Projekt des Flughafenneubaus Berlin Brandenburg International (BBI) befasst.

Im Rahmen der Vertragsverhandlungen sind sowohl Fragen des Eigentumsübergangs der BBF als auch des Baus eines neuen Flughafens durch ein Bieterkonsortium zu regeln. Daraus ergeben sich für das Land Brandenburg als Gesellschafter ggf. finanzielle Belastungen.

Aus diesem Grunde frage ich die Landesregierung:

1. *Ist es richtig, dass das Bieterkonsortium eine Garantie für die Höhe der öffentlichen Fördermittel verlangt?*
2. *Soll diese Garantie gegeben werden?*
3. *Erwägen die Altgesellschafter, sich für die Summe der Fördermittel zu verbürgen?*
4. *Ist es richtig, dass bei der Europäischen Union bzw. Kommission zur Zeit Beschwerden anhängig sind, die in der Fördermittelp Praxis bei Planung und Bau des BBI einen Verstoß gegen das gemeinschaftliche Vergaberecht sehen?*
5. *Ist es richtig, dass bei der Europäischen Union bzw. Kommission zur Zeit Beschwerden anhängig sind, die in der Fördermittelp Praxis bei Planung und Bau des BBI einen Verstoß gegen die Baukoordinierungsrichtlinie 93/37/EG sehen?*

Datum des Eingangs: 12.03.2003 / Ausgegeben: 19.03.2003

6. *Ist es richtig, dass bei der Europäischen Union bzw. Kommission zur Zeit Beschwerden anhängig sind, die in der Fördermittelpraxis bei Planung und Bau des BBI einen Verstoß gegen die UVP-Änderungsrichtlinie 97/11/EG sehen?*

Namens der Landesregierung beantwortet der Minister für Wirtschaft die Kleine Anfrage wie folgt:

Zu den Fragen 1, 2 und 3

Die Landesregierung Brandenburg ist nicht befugt, Auskünfte zu dem laufenden Vergabeverfahren „Privatisierung der Berlin Brandenburg Flughafen Holding GmbH (BBF) und Privatfinanzierung des Flughafens Berlin Brandenburg International (BBI)“ zu erteilen. Im übrigen können die Ergebnisse des Vergabeverfahrens und der Verhandlungen zu den einzelnen Verträgen nicht vorweggenommen werden.

Zu den Fragen 4,5 und 6

Der Landesregierung ist bekannt, dass bei der Kommission der Europäischen Gemeinschaft Beschwerden im Hinblick auf das gemeinschaftliche Vergaberecht und die UVP-Änderungsrichtlinie angebracht worden sind.